

An den  
Landesarbeitsausschuss der DFG-VK NRW  
*nur per email an [laa-nrw@dfg-vk.de](mailto:laa-nrw@dfg-vk.de) und  
[dfg-vk.nrw@t-online.de](mailto:dfg-vk.nrw@t-online.de)*

An die Mitglieder der DFG-VK Gruppe Köln  
*nur per email*

Köln, den 13. Juni 2023

**Bündnispolitische Basis  
für eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Strömungen in der Friedensbewegung**

**Unser Schreiben vom 24.3.2023 / Euer Positionspapier „Warum wir gegen eine  
Zusammenarbeit mit dem "Friedensbündnis NRW" sind“, Juni 2023**

Lieber Joachim,  
lieber Felix,  
liebe Mitglieder des Landesausschuss NRW der DFG-VK,

das einigende Band der Friedensbewegung ist die Kritik an Militarismus und Krieg. Auf dieser Grundlage bietet sie Raum für Menschen in ihrer je eigenen bunten Vielfalt von Haltungen und / oder Überzeugungen, darunter etwa konservative oder sozialistische, christliche oder atheistische, anarchistische, bürgerlich-liberale, ökologische und pazifistische. Die DFG-VK ist als älteste und größte Friedensorganisation Deutschlands auch ein Spiegelbild dieser historisch gewachsenen Bandbreite. Die Stärke und Wirkungskraft unserer Organisation ist nur möglich im Bewusstsein und in der Wahrnehmung unserer historischen Wurzeln.

Wir verstehen die Bedenken des Landesarbeitsausschusses (LAA) hinsichtlich der Aktivitäten der Partei AfD und weiter rechts stehender neonazistischer und rechtsradikaler Gruppierungen am Rande der Friedensbewegung. Wir unterstützen Euch dabei, Beeinflussungsversuche durch die AfD zurückzuweisen, da die AfD ebenso wie die Regierungsparteien und die CDU/CSU für die Aufrüstung der Bundeswehr eintritt und eine militaristische Politik verfolgt.

Hinsichtlich von Gruppierungen der politischen Mitte, wie der Partei dieBasis, der APO Düsseldorf, dem Friedensbündnis NRW und weiteren Zusammenschlüssen und Einzelpersonen, die Ihr und auch einzelne Mitglieder unserer Gruppe als ‚rechtsoffen‘ bezeichnen, gibt es zur Zeit einen noch nicht abgeschlossenen Diskussionsprozess innerhalb unserer Gruppe, mit bisher 2 internen Treffen. Dieser wird entlang dem Thesenpapier der Initiative Frieden-links vom 4.4.2023 geführt: „Warum die Friedensbewegung nicht ‚rechtsoffen‘ ist.“ Dabei werden unterschiedliche Positionen besprochen, sowohl bezüglich der Abgrenzung nach rechts, als auch der Art und Weise, wie diese erfolgt. Hierzu sind wir noch nicht in der Beschlussphase. Wir wünschen uns seitens des LAA mehr taktische Flexibilität im Umgang mit den zuvor genannten Gruppierungen.

Wir können Eure Argumentation in einer Reihe von Punkten nicht nachvollziehen. Das soll an einem Beispiel geschildert werden.

Die Ableitung einer ideologischen Nähe der Partei dieBasis zur Idee der Volksgemeinschaft aus der NS-Zeit ist dem zitierten Satz nicht zu entnehmen. Die Basis bezieht sich im zitierten Satz auf das ganze Volk, nicht auf das deutsche Volk. Auf der Homepage des Landesverbandes NRW steht: „dieBasis vereint Menschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses. ... Totalitäre, diktatorische, faschistische und undemokratische Bestrebungen jeder Art lehnen wir entschieden ab.“ Wir können darin weder eine rechte, oder gar neonazistische, bzw. rechtsradikale Orientierung erkennen.

Wir wollen aber auch Euren warnenden Hinweisen zum Zusammengehen der oben angeführten Gruppierungen mit neonazistischen und rechtsradikalen Organisationen bei der Organisation von Demonstrationen und Kundgebungen weiter nachgehen. In diesem Zusammenhang wünschen wir uns von Eurer Seite eindeutige Belege und Fakten, dass diese Kooperationen zum Konzept der oben angeführten Gruppierungen gehören und sich nicht auf wenige individuelle Einzelfälle beschränken. Wir bitten Euch, die in unserem Schreiben vom 24. März 2023 geäußerten Wünsche der Gruppe Köln zur Arbeitsmethode zu berücksichtigen.

Die Friedensbewegung wird unserer Meinung nach mehr politische Erfolge erzielen können, wenn sie möglichst alle Kriegsgegner umfasst, welche im Gegensatz zur Militarisierung der Gesellschaft stehen, die zivile Konfliktlösungen fordern und praktizieren, sowie das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verteidigen.

Mit freundlichen Grüßen



Die Sprecherinnen und Sprecher der  
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e. V.  
Gruppe Köln

## Warum wir gegen eine Zusammenarbeit mit dem "Friedensbündnis NRW" sind

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit dem "Friedensbündnis NRW" ab, weil in diesem Anfang des Jahres gegründeten Zusammenschluss Gruppen mit deutlichen Bezügen zu rechten Szene und mit verschwörungstheoretischen Ansätzen mitarbeiten und die Arbeit prägen. Damit wollen wir nicht sagen, dass Gruppen in dem Zusammenschluss oder deren



**Screenshot aus einem "Werbevideo" des Düsseldorfers Nazihoooligan Flecki für "NRW Erwacht" am 16.10.22 in Oberhausen Screenshots Twitter @EllifantiX**

Gruppen aus dieser Szene haben sich zuletzt beim Ostermarsch in Dortmund in den Demozug gedrängt. Dort war die Gruppe "Demokratischer Widerstand Dortmund" mit mehreren Personen und Fahnen vertreten. Diese Gruppe wurde wenige Wochen später bei der Demonstration von "NRW erwacht" in Bochum beobachtet. Beim Ostermarsch wurde sie u.a. von der Dortmunder Antifa an das Ende des Demozuges gedrängt, ein eindeutiger Ausschluss gelang nicht.

### Die Basis

Eine Klammer zwischen solchen eindeutig rechten Gruppen mit dem „Friedensbündnis NRW“ ist die neu gegründete Partei „Die Basis“. Sowohl die Sprecherin des „Friedensbündnis“ als auch mehrere weitere Akteure sind Mitglied

Mitglieder selber rechts sind. Aber eine deutliche Abgrenzung gegen rechts ist nicht zu erkennen.

### Rechte Gruppen

Rechte Beeinflussungsversuche der Friedensbewegung und die Übernahme von Friedensthemen, -losungen und -motiven durch rechte Gruppen sind auch in NRW unübersehbar. Das findet sich nicht nur in den Aussagen der AfD sondern auch z.B. im aktuellen regelmäßigen Auftreten der Gruppe "NRW erwacht" mit monatlichen

Demonstrationen zur Friedensthematik in verschiedenen Orten. "NRW erwacht" ist eine eindeutig rechte Gruppierung, bei der eine breite Palette von rechten Themen, von der Ablehnung von Migranten über die Leugnung des Klimawandels bis zur überzogenen Corona-Maßnahmenkritik, seit Monaten mit der Friedensthematik vermischt wird.



Kundgebung in Dortmund, Auto der „Freien Düsseldorf“ mit AfD-Herz

dieser Partei. Auf der anderen Seite war zentraler Redner der Dortmunder Kundgebung von „NRW erwacht“ im März 23 Vorstandsmitglied der Basis Hamm, Artur Helios. Dort wurde auch ein „Basis“-Mitglied interviewt, das die Kooperation mit der AfD bestätigte.

Die Sprecherin des „Friedensbündnis NRW“ Mona Aranea beklagte sich selber über das Wirken rechte Kreise in

ihrer Partei. Doch diese sind keine

Randerscheinung sondern gehören offensichtlich zum Konzept der Partei, die auf ihrer Homepage mit dem Spruch wirbt: „Wir denken nicht in Kategorien von Rechts, Links oder Mitte. Die Basis vertritt den Konsens und Willen des ganzen Volkes.“ Wenn die „Basis“ den Willen des Volkes vertritt, sind Mitmenschen, die nicht zum deutschen Volk gehören, offenbar ausgeschlossen. Nicht nur das offenbart eine rechte Orientierung. Dass ein Volk von mehreren Zigmillionen durch einen Konsens in wichtigen gesellschaftlichen Fragen geeint ist, erinnert an das Bild der Volksgemeinschaft der NS-Zeit, in der ebenfalls angeblich die Gegensätze zwischen arm und reich, zwischen oben und unten in dieser Gemeinschaft aufgehoben wurden. Die Realität war damals wie heute eine andere. Aber wer solche Parolen austreibt und dann noch weder links noch rechts sein will, der ist dann eben doch offen für rechte Kräfte, die an das Volk und dessen einheitlichen Willen glauben.

### „Friedensbündnis NRW“

Weiter im „Friedensbündnis NRW“ vertretene Gruppen sind solche, die sich schon seit mehreren Jahren aus der Friedensbewegung und dem linken Spektrum in Richtung rechtsoffen und Verschwörungstheorien entwickelt haben wie die Arbeiterfotografie NRW und die „Aachener für eine menschliche Zukunft“. Die Arbeiterfotografie NRW, ein ursprünglich linker Zusammenschluss von Fotograf:innen nahm eine Entwicklung, die zum Auszug der meisten Mitglieder und zu der Neugründung von r-mediabase führte. Zurück blieben vor allem Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann, die seit dem vor allem versuchen, Akteure um sich zu sammeln, die Friedenspositionen mit Parolen vom „Great Reset“ und ähnlichen verschwörungstheoretischen Aussagen vermischen. Ähnlich verhält es sich mit den „Aachener für eine menschliche Zukunft“, mit denen in Aachen die linke und friedensbewegte Szene nicht mehr zusammenarbeitet. Bei einer Demo des „Friedensbündnisses“ waren jetzt „Aachener Friedensfreunde“ mit einem Transparent zu sehen, das das Georgsband trug, ein Symbol nationalistisch-militaristischer Kreise ein Russland. Zusammen haben beide Gruppen 2021 den „Neuen Krefelder Appell“ herausgebracht. In ihm werden friedenspolitische Positionen und Forderungen vermengt mit der Thematik vom angeblichen „Great Reset“ und Aussagen über die Folgen der Coronamaßnahmen, die jenseits aller Realität liegen. Solche Positionierungen diskreditieren die Friedensbewegung und machen eine Zusammenarbeit mit solchen Gruppen unmöglich.

An zentraler Stelle im „Friedensbündnis NRW“ ist die „APO Düsseldorf“ vertreten, der die Bündnissprecherin Mona Aranea ebenfalls angehört. Über diese Gruppe, die aus der Querdenkerbewegung entstand, berichtet das langjährige Düsseldorfer Szenemagazin Terz bereits im Februar 22, dass zusammen mit Aranea ein ehemaliges Mitglied der rechten „Corona Rebellen Düsseldorf“ zu den Anmeldern der Aktionen der Gruppe gehörte. Mona Aranea selbst veröffentlichte auf der Homepage der Gruppe einen Bericht von ihrem Besuch beim Kasseler Friedensratschlag im Dezember 2022. Dort habe sie viel Offenheit für ihre Positionen wahrgenommen. Ob das stimmt, können wir nicht überprüfen, da wir selber nicht dort waren. Bemerkenswert sind allerdings verschiedene Aussagen in dem Bericht. So schreibt Aranea: „Einzelne Zersetzungsversuche vom Podium wie Forderungen, sich einerseits gegen „Verschwörungstheoretiker“ abzugrenzen, oder andererseits den Schulterchluss mit den extremistischen Klimaklebern der letzten Generation zu suchen, ertoteten jede Menge Widerspruch aus dem Publikum.“ Wer die „Klimakleber“ als extremistisch bezeichnet, offenbart ein schräges Demokratieverständnis und ebnet den Weg, die jetzt mit Razzien und Versuchen, die „Letzte Generation“ als kriminelle Vereinigung einzustufen, die Gruppe kriminalisieren wollen. Weiter heißt es in dem Text: „Spalter fordern Abstand von „Rechten“ und wollen damit alle von der Friedensarbeit abhalten, die keine eingefleischten Marxisten oder zumindest beinharte Sozialisten sind.“ Nun arbeiten wir als DFG-VK NRW im Rahmen des Ostermarsches und auch darüber hinaus schon lange gut mit „eingefleischten Marxisten“ und „beinharten Sozialisten“ zusammen – und natürlich mit anderen – und natürlich sind nicht alle, die nicht in dieses Spektrum gehören, rechts. Aber auch hier wird deutlich, dass die Vertreterin der „APO“ Vorwürfe gegen ihre Position offenbar nicht verstehen will und wenig Bereitschaft zeigt, eigenes Verhalten kritisch zu hinterfragen, sondern Ablehnung, die ihr entgegenschlägt, lieber in eine irgendwie unliebsame linke Ecke drängt. Das wird auch bei den seit mehreren Monaten stattfindenden Demos des „Friedensbündnis NRW“ deutlich. Dort werden Gegendemonstranten, die das Bündnis wegen seiner Rechtsoffenheit kritisieren, einerseits beschimpft („Ihr seid dumm, dümmer, Antifa“) und andererseits versucht, auch diese Demonstranten zu kriminalisieren, indem Aranea die eigenen Leute auffordert, doch Strafanzeige gegen die Gegendemonstranten zu stellen.

### **„Friedensbündnis“ auf Werbetour**

Seit einigen Wochen fährt das „Friedensbündnis NRW“ eine Charmeoffensive. Mit Mails und direkten Besuchen werden Anstrengungen unternommen, Gruppen der angestammten Friedensbewegung für das „Bündnis“ zu gewinnen. Dabei betont man die oberflächlichen Gemeinsamkeiten und versucht, die Vorwürfe gegen die Gruppen des „Bündnisses“ kleinzureden. Bisheriger Höhepunkt war die Teilnahme von vier Mitgliedern des „Bündnisses“ an der Friedensversammlung RheinRuhr am 2.6.23. Auch hier wurde mehrfach die Frage nach einer Zusammenarbeit in den Raum gestellt. Da diese Frage nicht auf der Tagesordnung stand, andererseits bei mehreren Teilnehmern der Runde der Wunsch nach der Klärung dieser Frage bestand, wurde nun ein neuer Termin am 7. Juli verabredet, um die Frage einer Zusammenarbeit zu diskutieren.

### **Nein zur Zusammenarbeit**

Wir als DFG-VK Landesverband NRW betonen ausdrücklich, dass es keine Zusammenarbeit mit den oben beschriebenen Gruppen geben kann und somit auch nicht mit dem „Friedensbündnis NRW“. Die oberflächliche Übereinstimmung von Friedensparolen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der politischen Positionierung deutlich unüberbrückbare Differenzen gibt, vor allem in der fehlenden Abgrenzung gegen rechts. So sehen wir eine Kette von Überschneidungen in Parolen und Personen, die von der AfD und „NRW erwache“ über die Basis und Querdenkergruppen bis zum „Friedensbündnis NRW“

führt. Auch das häufig genutzte Argument, angesichts der Gefahr der Eskalation des Ukrainekrieges hin zum Weltkrieg sei das Zusammengehen auch über politische Grenzen hinweg notwendig, überzeugt nicht. Dagegen spricht nicht nur unsere prinzipielle Abgrenzung gegen rechts. Eine Öffnung nach rechts macht außerdem die Gewinnung von Menschen aus dem linksorientierten Teil der Gesellschaft und der Mitte unmöglich. Doch nur hier können wirksame Mehrheiten gegen den Krieg gewonnen werden. Eine Zusammenarbeit des Ostermarsches RheinRuhr mit den Gruppen des „Friedensbündnisses“ würde die jahrzehntelange Gemeinsamkeit des Ostermarsches in Frage stellen. Für mehrere Gruppen wäre dann eine Mitarbeit im Ostermarschbündnis nicht mehr möglich, wie schon rund um die Frage des geforderten Redebeitrags des „Basis“-Mitglieds Aggelidis beim Ostermarsch in Düsseldorf deutlich wurde. Eine Zusammenarbeit mit dem „Friedensbündnis“ würde die ohnehin schon schwierige Position der Friedensbewegung gegenüber vor allem auch jungen Mitgliedern des linken Spektrums aber auch gegenüber z.B. den Gewerkschaften noch weiter verschlechtern. Es würde nicht das Ziel einer Verbreiterung der Friedensbewegung erreicht sondern ganz im Gegenteil das Abrutschen der Ostermarschbewegung in eine sektiererische Ecke.

DFG-VK NRW, im Juni 2023